



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 21. November 2017

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- In Spanien sind vergangenes Wochenende mehr als 60 Boote mit über 700 Fliehenden in Spanien angekommen. Etwa 500 von ihnen wurden vor Andalusien und an der Costa Blanca gerettet. Menschen in etwa 50 Schiffen wurden vor der algerischen Küste abgefangen und zurückgeschickt, beteiligt soll unter anderem Frontex gewesen sein. Die Zahl der in diesem Jahr in Spanien Ankommenden hat sich mit etwa 16.000 Menschen fast verdreifacht. Nach wie vor kommen mehr Menschen in Italien an, doch zeigt sich, dass die Route über das westliche Mittelmeer auf Grund der Vereinbarungen zwischen der EU und den Milizen in Libyen immer mehr frequentiert wird.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-spanien-blockt-ab/20603264.html> (19.11.17)
- Die Bewohner\*innen von Lesbos riefen zum Generalstreik. Alle Behörden und Geschäfte blieben gestern geschlossen. Die Bewohner\*innen wollen damit auf die Umstände aufmerksam machen, unter denen die Fliehenden auf der Insel zu leiden haben. 8.300 Menschen halten sich momentan auf der Insel auf – bei Kapazitäten für 3.244 Menschen. Allein im Lager Moria leben 6.500 Menschen, ausgelegt ist es für 2.330 Bewohner\*innen. 40 Prozent sind Kinder, darunter unbegleitete. Viele weitere Menschen leben in Campingzelten in der Umgebung, ganze Familien teilen sich für zwei Personen ausgelegte Zelte. Laut griechischer Regierung könne der Lage zurzeit nicht abgeholfen werden da gemäß EU-Türkei-Deal die Menschen die Inseln erst verlassen können, wenn über ihre Asylanträge entschieden worden ist. Nur dauern die Asylverfahren häufig weit länger als ein Jahr. In den ersten beiden November-Wochen kamen 1.310 Menschen neu auf Lesbos an.  
<http://www.fr.de/politik/fluechtlinge-generalstreik-auf-lesbos-a-1391319> (19.11.17)
- *CNN* hat ein Video veröffentlicht, in welchem zwölf Menschen als Sklav\*innen in Tripolis, Libyen verkauft werden sollen. Die libysche, international anerkannte Einheitsregierung wollte das nicht bestätigen und kündigte eine Untersuchungskommission an. Die Afrikanische Union nannte die Vorwürfe „verabscheuungswürdig“, der UN-Hochkommissar wirft der Europäischen Union eine Mitschuld vor. Ihre Politik sei „unmenschlich“, wer die libysche Küstenwache fördere, Sorge dafür, dass noch mehr Menschen in den Gefangenenlagern Libyens eingepfercht werden. Der UN-Generalsekretär, António Guterres spricht mit Blick auf den Sklav\*innenhandel von Menschenrechtsverletzungen und nutzt den juristischen Begriff der Verbrechen gegen die Menschheit.

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-11/libyen-menschenhandel-fluechtlinge-untersuchungskommission> (19.11.17)

- Im Osten Syriens gerieten Fliehende in eine Sprengfalle des sogenannten „Islamischen Staats“. Mindestens 26 Menschen wurden ermordet.  
[http://www.deutschlandfunk.de/syrien-26-fluechtlinge-durch-sprengfalle-getoetet.1939.de.html?drn:news\\_id=816815](http://www.deutschlandfunk.de/syrien-26-fluechtlinge-durch-sprengfalle-getoetet.1939.de.html?drn:news_id=816815) (17.11.17)
- Bei einem Anschlag des sogenannten „Islamischen Staats“ wurden in Kabul, Afghanistan, neun Menschen getötet.  
<http://www.independent.co.uk/news/world/middle-east/kabul-bombing-latest-updates-suicide-bomb-attack-political-gathering-afghanistan-death-toll-hafiz-a8058121.html> (16.11.17)
- Die israelische Regierung will rund 40.000 Geflüchtete, in erster Linie eritreischer und sudanesischer Staatsbürgerschaft, in Drittstaaten abschieben. Ziel seien Ruanda und Uganda. 20.000 Menschen seien laut Ministerpräsident Benjamin Netanyahu bereits abgeschoben worden, nachdem Israel zwischen 2010 und 2012 einen verstärkten Zuzug registriert hatte. An der ägyptisch-israelischen Grenze war daraufhin ein Zaun errichtet worden, der die Zahl der Neuankommenden auf nahezu null reduzierte. Die Flüchtlingseigenschaft wird nur ausgesprochen selten zuerkannt. Der UNHCR äußerte sich „zutiefst besorgt“, Israel sei an die Genfer Flüchtlingskonvention gebunden und damit zum Schutz Geflohener.  
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-11/israel-benjamin-netanjahu-fluechtlinge-abschieben-asympolitik> (19.11.17)
- Die japanische Regierung sprach im ersten Halbjahr diesen Jahres drei Menschen die Flüchtlingseigenschaft zu.  
<http://www.handelsblatt.com/politik/international/un-fordern-mehr-einsatz-japan-erkennt-im-ersten-halbjahr-drei-fluechtlinge-an/20607492.html> (20.11.17)

### *Bund, Land, Kommune*

- Eine Jamaika-Koalition ist wohl auch wegen der Frage um den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte gescheitert.  
Nachzulesen im Medium der Wahl.
- In München wurden 25 Menschen entdeckt, die von Verona aus die Flucht an Güterzügen nach Deutschland gewagt hatten.  
<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/illegale-einreise-fluechtlinge-auf-gleisen-stammstrecke-behindert-1.3756133> (19.11.17)
- Vergangenen Mittwoch wurde 38 Menschen kosovarischer Staatsbürgerschaft nach Pristina abgeschoben worden. Die Abschiebung erfolgte in Zusammenarbeit mit den österreichischen Behörden. In Wien legte das Flugzeug einen Zwischenstopp ein und nahm eine nicht genannte Zahl weiterer Menschen auf.  
<https://www.br.de/nachrichten/38-kosovaren-vom-flughafen-muenchen-aus-abgeschoben-100.html> (15.11.17)
- Im September wurde ein Mann afghanischer Staatsbürgerschaft wegen der Dublin-III-Verordnung nach Bulgarien abgeschoben trotz dass seine Klage aufschiebende Wirkung, heißt, die Abschiebung war ausgesetzt, hatte. Die bulgarischen Behörden schoben den Mann im Oktober ab. Das Verwaltungsgericht Sigmaringen entschied nun, dass er am 11. Dezember nach Deutschland zurückkehren könne.  
[http://www.schwaebische.de/region/baden-wuerttemberg\\_artikel,-Zu-unrecht-abgeschobener-Fluechtling-soll-im-Dezember-zurueckkehren-\\_arid,10772037.html](http://www.schwaebische.de/region/baden-wuerttemberg_artikel,-Zu-unrecht-abgeschobener-Fluechtling-soll-im-Dezember-zurueckkehren-_arid,10772037.html) (18.11.17)

- Mutter und Tochter der im September im Dresdner Hechtviertel durch Abschiebung getrennten Familie haben kein Bleiberecht durch die Sächsische Härtefallkommission zugesprochen bekommen. Die Kommission prüft humanitäre und persönliche Härten. Diese sah eine Mehrheit der Mitglieder bei der Mutter und der in Deutschland geborenen Tochter nicht gegeben. In der Nacht vom 18. auf den 19. September wurden Vater und Söhne nach Armenien abgeschoben. Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. kritisierte die Behörden damals für ihre bewusste Täuschung der Familie in einer [Pressemitteilung](#).  
<http://www.sz-online.de/nachrichten/kommission-stimmt-fuer-abschiebung-3820496.html> (17.11.17)

## Hintergrund und Meinung

- Zwei Jahre hat Abbas seine Frau Samira und seinen Sohn Ziad nicht gesehen. Als subsidiär Schutzberechtigter in Deutschland kann er seine Familie nicht nachholen. Die sind von Syrien aus in den Libanon geflohen. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ist mindestens bis zum März 2018 ausgesetzt. Während die Jamaika-Parteien über die nun gescheiterte Koalition verhandelten, stellte Abbas fest, dass er sich seit den Kriegserlebnissen kaum mehr konzentrieren könne. Er nimmt Gelegenheitsjob auf, die Bezahlung geschieht unter der Hand. So kann er seine Frau und sein Kind im Libanon wenigstens etwas unterstützen. Der subsidiäre Schutz soll vorübergehend sein. Doch faktisch bleiben die Menschen nicht kürzer im Land als diejenigen mit Flüchtlingseigenschaft. Für PRO ASYL gebe es deswegen „keinen stichhaltigen Grund“ für die Ungleichbehandlung beim Familiennachzug. Hinzu kommt, dass die Asylverfahren in Deutschland allein schon um ein Jahr herum andauern können. Der bürokratische Aufwand beim Familiennachzug kann noch einmal ebenso viel Zeit in Anspruch nehmen. Reportage der *Zeit*.  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-11/familiennachzug-fluechtlinge-syrien-jordanien-asylpolitik> (16.11.17)
- Die Schiffbesatzungen, die im Mittelmeer Menschen retten sind auf Aufklärung und Unterstützung aus der Luft angewiesen. Reportage des *Deutschlandfunk* über die Moonbird, ein Einpropellerflugzeug der „Humanitäre Piloten-Initiative“. Fabio Zraggen und Matteo Zevi fliegen die Maschine. Ein Gebiet von bis zu 800 Quadratkilometern überwachen sie am Tag des Interviews. Die Lage heute habe sich insofern geändert, als dass es weniger Boote gebe, die an der nordafrikanischen Küste ablegen würden. Aber sie würden dies an ungewöhnlicheren, schwer auffindbareren Orten tun. So müssten auch die Pilot\*innen neben den Rettungsschiffen ein größeres Gebiet abdecken. Koordiniert werden die Rettungs- und Aufklärungsmannschaften von der Einsatzstelle in Rom.  
[http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-rettungsmission-ueber-dem-mittelmeer.795.de.html?dram:article\\_id=400860](http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-rettungsmission-ueber-dem-mittelmeer.795.de.html?dram:article_id=400860) (17.11.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [pr@rcl.de](mailto:pr@rcl.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



**UNO-Flüchtlingshilfe**